

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 38/39  
Telex: 9 88 948 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Joachim Poß MdB und  
Achim Großmann MdB  
erläutern das neue  
SPD-Modell für eine  
effektivere Wohnungs-  
bauförderung.

Seite 1

Edeigard Bulmahn  
MdB bewertet die Bon-  
ner Weltraumpläne:  
Kurskorrektur unum-  
gänglich (Teil I).

Seite 4

46. Jahrgang / 139

24. Juli 1991

### Eigenheimabzugsbetrag

**SPD-Modell führt zu mehr Gerechtigkeit und größerer  
wohnungspolitischer Effizienz**

**Von Joachim Poß MdB**

**Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und**

**Achim Großmann MdB**

**Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die aktuelle Wohnungsnot in Deutschland erfordert neben der Verstärkung direkter Finanzhilfen zur Förderung insbesondere des sozialen Wohnungsbaus auch dringend ein neues besseres Förderkonzept für das selbstgenutzte Wohneigentum. Der Bau von selbstgenutztem Wohneigentum ist eine wichtige Säule der Bautätigkeit, die auch zur Entlastung des Mietwohnungsmarktes beiträgt. Angesichts der äußerst angespannten Haushaltslage kommt es jetzt besonders darauf an, durch einen effizienteren Einsatz der finanziellen Mittel breiteren Bevölkerungsschichten die Schaffung von Wohneigentum zu ermöglichen. Nur so kann es gelingen, privates Kapital auf breiter Basis für den Bau neuer Wohnungen und Eigenheime zu mobilisieren.

Die heutige einkommensabhängige Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums ist ungerecht und ineffizient. Durch die Aufstockung des Höchstbetrages auf 330.000 DM erhöht sich die Gesamtförderung über acht Jahre hinweg für einen verheirateten Hochverdiener mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 240.000 DM auf rund 70.000 DM. Ein verheirateter Normalverdiener mit einem zu versteuernden Einkommen von rund 55.000 DM erhält dagegen mit 33.000 DM Gesamtförderung weniger als die Hälfte. Das gesamte Fördervolumen wird somit äußerst ungleich verteilt: Nach Ermittlungen von Wohnungsmarktforschern bekommen diejenigen im unteren Fünftel der Einkommensskala ganze fünf Prozent der Förderung, das oberste Fünftel dagegen 45 Prozent des Fördervolumens. Dieses Ergebnis ist nicht nur sozialpolitisch ungerecht, sondern geht auch an dem Ziel der staatlichen Förderung des Wohneigentums vorbei und führt zudem zu einem ineffizienten Einsatz knapper finanzieller Mittel. Der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages hat deshalb in einer Entschließung die Auffassung vertreten, daß sich die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in zunehmendem Maße als zu wenig wirksam erweist. Er hat sich einmütig für die Entwicklung und Umsetzung eines besseren Förderkonzepts ausgesprochen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
mit 100% Recycling-Papier



Mit dem von der SPD vorgeschlagenen Konzept, den heutigen § 10e EStG in eine Förderung umzugestalten, die unabhängig vom Einkommen für alle gleich hoch ist, würde gerade für den mittleren Einkommensbereich die entscheidende Hilfe geleistet, damit der Wunsch nach Wohneigentum auch tatsächlich verwirklicht werden kann. Das SPD-Konzept enthält im wesentlichen folgende Elemente:

- Die steuerliche Einkommensförderung nach § 10e EStG wird in einen progressionsabhängigen Abzug von der Steuerschuld umgestaltet. Der Abzugsbetrag beträgt im ersten Jahr 2,5 Prozent, in den folgenden vier Jahren zwei Prozent und in den darauffolgenden Jahren 1,5 Prozent der Herstellungskosten von maximal 330.000 DM inklusive Grundstück.
- Das Baukindergeld wird auf 1.200 DM pro Kind erhöht und die Bezugsdauer von acht auf zehn Jahre verlängert.
- Falls keine entsprechende Steuerschuld vorliegt, werden die Abzugsbeträge als Zuschuß ausbezahlt.
- Der Erwerb aus dem vorhandenen Wohnungsbestand wird zur Belegung des Neubaus bis zu einer Kostenobergrenze von 150.000 DM begünstigt.

Das SPD-Konzept führt bei einer Familie mit zwei Kindern im ersten Jahr zu einer Förderung von 10.650 DM, in den folgenden vier Jahren zu einer jährlichen Förderung in Höhe von 9.000 DM und in den darauffolgenden drei Jahren zu einer jährlichen Förderung von 7.350 DM. Die Gesamtförderung beträgt inklusive des über zehn Jahre gezahlten Baukindergeldes für Familien mit zwei Kindern 73.500 DM, und zwar unabhängig von der Höhe ihres Einkommens.

Gegenüber dem jetzigen System werden somit gerade auch die Familien deutlich besser gestellt, die im sogenannten Schwellenbereich liegen: Das sind jene Familien mit mittlerem Einkommen, für die die Förderung häufig die entscheidende Hilfe darstellt, die ihnen die Schaffung von Wohneigentum erst ermöglicht. Die Übersicht in der Anlagen zeigt, daß bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 50.000 und 70.000 DM (das entspricht einem Bruttojahreseinkommen zwischen 65.000 und 85.000 DM) der durchschnittliche jährliche Förderbetrag im SPD-Modell bei einer Familie mit zwei Kindern um jährlich 2.100 bis 2.600 DM höher ist als nach dem geltenden System. Betrachtet man die gesamte Förderungsdauer, so bedeutet dies: Eine Familie mit zwei Kindern, die über ein Bruttojahreseinkommen von rund 65.000 DM verfügt, bekommt insgesamt 25.680 DM mehr als nach dem heutigen System.

Im SPD-Modell wird die Förderung also für jene Einkommensbereiche deutlich verbessert, für die sie auch tatsächlich etwas bewirkt. Eingeschränkt wird die Förderung gegenüber dem geltenden Recht dagegen für Hochverdienende, die einer staatlichen Förderung nicht bedürfen, sondern sich auch ohne staatliche Hilfe ein Eigenheim leisten können. Das SPD-Konzept hat deshalb auch bereits die Unterstützung der Bauwirtschaft, der Bausparkassen und sogar der Wohnungspolitik der Union gefunden.

Unser Modell ist nicht nur gerechter und wirksamer, es ist auf Grund der vorgesehenen Umschichtungen auch sicher finanzierbar. Die Förderung wird nämlich nicht nur zugunsten der mittleren Einkommen umgeschichtet, sondern außerdem wird der Neubau stärker gefördert als der Erwerb aus dem vorhandenen Wohnungsbestand.

Die Bundesregierung hat unserem Konzept bisher nichts Gleichwertiges entgegengesetzt. Sie hat bisher lediglich Flickschusterei am § 10e EStG betrieben, ohne über neue bessere Förderungskonzepte nachzudenken. Stattdessen diffamiert sie das SPD-Modell mit Behauptungen wie "nicht finanzierbar" oder mit dem falschen Hinweis, mittlere Einkommen würden schlechter gestellt als nach dem bisherigen System. Unsere Zahlen belegen, daß das Gegenteil der Fall ist: Unser Modell schafft im mittleren Einkommensbereich eine deutliche Verbesserung der Förderung gegenüber dem heutigen System. Unser Modell führt deshalb zu mehr Ge-

rechtigkeit und zu größerer wohnungspolitischer Effizienz. Damit ist das SPD-Konzept zugleich ein wirksamer Beitrag zur Ankurbelung der Bautätigkeit und zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

**Steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Neubauten)  
Vergleich Bundesregierung / SPD**

**Ausgangsdaten:**

**Bundesregierung:** Fünf Prozent von maximal 330.000 DM als Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage (§ 10e EStG), acht Jahre lang Baukindergeld 1.000 DM pro Kind, acht Jahre lang.

**SPD:** 2,5 Prozent im ersten, zwei Prozent in den folgenden vier und 1,5 Prozent in den drei darauffolgenden Jahren von maximal 330.000 DM als Abzug von der Steuerschuld (Eigenheimabzugsbetrag), acht Jahre lang Baukindergeld 1.200 DM pro Kind, zehn Jahre lang.

- In DM -

	Bundesregierung			SPD-Modell	Differenz
	zu versteuerndes Jahreseinkommen			einkommens-	Besserstellung durch
	50.000 <sup>1)</sup>	60.000 <sup>2)</sup>	70.000 <sup>3)</sup>	unabhängig	SPD-Modell (+)
<u>durchschnittliche jährliche Förderung:</u>					
Ehepaar ohne Kind	3.977	4.224	4.488	6.188	+1.700 - +2.210
Ehepaar, 1 Kind	4.977	5.224	5.488	7.388	+1.900 - +2.400
Ehepaar 2 Kinder	5.977	6.224	6.488	8.588	+2.100 - +2.610
<u>Gesamtförderung<sup>4)</sup></u>					
Ehepaar ohne Kinder	31.820	33.800	35.900	49.500	+ 13.600 - + 17.680
Ehepaar, 1 Kind	39.820	41.800	43.900	61.500	+ 17.600 - + 21.680
Ehepaar, 2 Kinder	47.820	49.800	51.900	73.500	+ 21.600 - + 25.680

1) Bruttojahreseinkommen rund 65.000 DM; Steuersatz 24,1 Prozent

2) Bruttojahreseinkommen rund 75.000 DM; Steuersatz 25,6 Prozent

3) Bruttojahreseinkommen rund 85.000 DM; Steuersatz 27,2 Prozent

4) Beträge gerundet

(-/24. Juli 1991/st/fr)

\*\*\*\*\*

## **Kurskorrektur in der Raumfahrtpolitik unumgänglich (Teil I)**

**Bonner Weltraumpläne endgültig gescheitert**

**Von Edelgard Bulmahn MdB**

**Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD zu Stand und Perspektiven der Weltraumpolitik gleicht in weiten Zügen eher einem Bericht aus der Fabelwelt, denn einer sachlichen Bestandsaufnahme der deutschen Raumfahrtpolitik. Statt konkrete Fragen präzise zu beantworten, übt sich die Bundesregierung in weitschweifigen, nichtssagenden Ausführungen. Sie schönert und glättet, wo es um schonungslose Analyse und die klare Benennung von Problemfeldern und Defiziten geht. Sie unterschlägt Tatsachen, die Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses aufkommen lassen könnten. Sie weicht aus, wenn die in den Fragen angesprochenen Fakten nicht zu bestreiten sind. Sie schützt Wissen vor, wo sie selbst im Dunklen tappt. Sie stellt als eindeutig hin, was unter verschiedenen Befürwortern der bemannten Raumfahrt heftig umstritten ist. Diese Informationspolitik nach Gutsherrenart, die Beschwichtigung von Parlament und Öffentlichkeit durch geschönte Darstellungen, ist nicht länger hinzunehmen.

Trotz aller Verschleierungsversuche läßt die Antwort der Bundesregierung läßt deutlich erkennen, daß sie mit ihrer Weltraumpolitik vollständig Schiffbruch erlitten hat. Der wissenschaftlich-technische Nutzen und der volkswirtschaftliche Ertrag der Großprojekte der bemannten Raumfahrt sind weniger denn je auszumachen. Die Kosten laufen davon. Bei Weiterverfolgung der ursprünglichen Pläne wären bis zum Ende des Jahrzehnts 29,77 Mrd. DM aufzubringen, wovon 11 Mrd. DM durch die Haushaltsplanungen nicht abgedeckt sind. Die ursprünglichen Terminplanungen sind nicht einzuhalten. Die vorgelegten Alternativplanungen wie das "Aktualisierte Leitmodell" sind weitgehend Makulatur, da auch sie eine Deckungslücke von 6 Mrd. DM aufweisen und durch Verlängerung der Projektlaufzeiten den Finanzierungsberg nur ins nächste Jahrzehnt verschieben. Hermes wird nicht nur deutlich teurer, er genügt zudem nicht den Anforderungen, so daß sich das Ziel eines autonomen Betriebs der europäischen Weltraumlaborare nicht erreichen läßt. Die Weiterentwicklung der Ariane 5 leidet an der Doppelkonfiguration als Satellitenträger und als Träger für Hermes. Zugleich schwinden ihre angestrebten Wettbewerbsvorteile. Die Columbuslabore sind überdimensioniert. Ein entsprechender Bedarf von Wissenschaft und Wirtschaft für ihre Auslastung ist nicht zu erkennen. Die von der Bundesregierung vorgenommene Konzentration der Forschungsmittel auf die Raumfahrt ist technologiepolitisch verfehlt und industriepolitisch riskant, da sie langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft untergräbt.

Die von der Bundesregierung verfolgte Politik des "Augen zu und durch" ist unverantwortlich und kurzsichtig. Eine Kurskorrektur der Raumfahrtpolitik ist mehr als überfällig. Angesichts der Finanzierungsprobleme und der unverantwortlichen Einengung des forschungs- und technologiepolitischen Handlungsspielraums sind die bisherigen Raumfahrtentscheidungen gründlich zu revidieren. Maßstab für die Weltraumplanungen müssen grundsätzlich die wissenschaftliche Notwendigkeit, die volkswirtschaftliche Bedeutung und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sein, nicht aber die von der Weltraumlobby beabsichtigten Projekte. Insbesondere sollte die Bundesrepublik sich nicht mehr an der Weiterentwicklung von Hermes beteiligen und in Neuverhandlungen über die internationale Raumstation eintreten, um eine drastische Reduzierung der Station zu erreichen.

### **ESA-Langzeitplan nicht realisierbar**

Der ESA-Langzeitplan ist gescheitert. Die jetzige Auslegung, wie sie sich in den Antworten der Bundesregierung widerspiegelt, hat kaum noch etwas mit den ursprünglichen Planungen zu tun. Allenfalls die Titel sind gleichgeblieben. Da Ariane 5 Hermes nicht ins All tragen kann, Hermes nicht ausreicht, um Columbus zu warten und zu versorgen, ist nicht nur die angestrebte Kohärenz der Raumfahrtprojekte verloren gegangen, sondern auch das Ziel der euro-

päischen Autonomie in der bemannten Raumfahrt. Ohne amerikanische Unterstützung läuft praktisch gar nichts. Die Kostensteigerungen sind so immens, daß man sich durch Taschenspielertricks hilft, um optisch zumindest die Steigerungsraten zu drücken. Von Hermes soll nur noch ein Exemplar gebaut werden. Sein Leistungsziel verfehlt er bei weitem. Dennoch steigen die Kosten von 9,1 auf 12,1 Mrd. DM, also um 32,9%. Die Ariane ist nicht mehr für bemannte Missionen ausgelegt. Dennoch liegen die Kosten mit 8,5 statt 7,6 Mrd. DM um 13,3% höher. Columbus fällt erheblich kleiner aus. Zugleich enthält die Kostenaufstellung nur noch die reinen Hardwarekosten. Nicht einmal mehr Mittel für die Innenausstattung, etwa für die Laborausstattung sind vorgesehen. Gleichwohl werden statt der ursprünglich eingeplanten 7,6 Mrd. DM nunmehr 8,4 Mrd. DM, 10,2% mehr fällig. Keines der Großprojekte wird zudem mehr in diesem Jahrzehnt verwirklicht. Mit anderen Worten die Steuerzahler/innen sollen zahlen, einen Gewinn erhalten sie bis zur Jahrtausendwende jedoch praktisch nicht.

Was die Bundesregierung bisher immer in Abrede gestellt hat, muß sie nun offen einräumen: "Es ist der ESA bislang nicht gelungen, bis zum Jahre 2000 gegenüber den ursprünglichen Planungen 15 bis 20% einzusparen, wie es die deutsche Delegation in Den Haag gefordert hatte. Vor allem das Hermes-Programm weist nach gegenwärtigem Vorbereitungsstand inhaltliche Einschränkungen bei gestiegenen Kosten aus." Nach den jetzigen Schätzungen der Bundesregierung wären von 1990 bis 2000 Mittel in Höhe von 29,7 Mrd. DM erforderlich, um das Programm ohne alle Kürzungen und Streckungen durchführen zu können. Dies sind 4,1 Mrd. bzw. 16,1% mehr als noch 1987 im sog. G-Modell für den gleichen Zeitraum veranschlagt wurden. Wollte die Bundesregierung an diesem Programm festhalten, so müßte sie 28,5% des voraussichtlich bis 2000 zur Verfügung stehenden BMFT-Haushaltes für die Raumfahrt ausgeben. Zugleich entstünde gegenüber den in der Finanzplanung für die Raumfahrt vorgesehenen Mitteln eine Deckungslücke von 11 Mrd. DM. Da in dem Zahlenwerk der Bundesregierung mit 2,5% p. a. völlig unzureichende Preissteigerungsraten enthalten sind und zugleich weder Mittel für die Weiterführung von Sänger ab 93 noch Ansätze für die Entwicklung einer schubkräftigeren Ariane-5 Variante enthalten sind, würde ein Festhalten an dem ESA-Langzeitplan die Forschungspolitik vollständig zur Weltraumpolitik degradieren. Selbst die bei Großprojekten durchaus üblichen Preissteigerungsraten von jährlich 5-10% ließen die Aufwendungen schnell auf 33,3-41,6 Mrd. DM, also auf ca. 31,9-39,8% des voraussichtlichen BMFT-Haushaltes in den Jahren von 1990 bis 2000 steigen.

#### **"Aktualisiertes Leitmodell" - unserlöss**

Angesichts derartiger Summen sieht sich nun selbst die Bundesregierung gezwungen, von der Umsetzung des ESA-Langzeitplanes Abstand zu nehmen. Den deutschen Planungen soll jetzt das sog. Aktualisierte Leitmodell zugrundegelegt werden. Es sieht bis 2000 Gesamtausgaben für die Raumfahrt in Höhe von 25 Mrd. DM vor. Die Einsparungen gegenüber den bisherigen Planungen sollen durch "erhebliche Streckungen vor allem bei den Programmen der künftigen Weltrauminfrastruktur wie Hermes, Columbus und DRS (Datenrelaissatellitenprogramm) (erreicht werden). Dies führt auch zu Streckungen bei den Nutzungsvorbereitungsprogrammen und zu einem späteren Anlauf des Betriebes." Damit zielt das "Aktualisierte Leitmodell" nicht auf tatsächliche Einsparungen, sondern "im Prinzip (...) nur auf ein Hinausschieben des Finanzierungsberges in das nächste Jahrzehnt", wie das BMFT freimütig selbst in einer internen Vorlage festhalten ließ. Zeitliche Verzögerungen führen zwar zunächst zu geringeren Belastungen pro Haushaltsjahr, bringen jedoch im Hinblick auf die Gesamtkosten erhebliche Kostensteigerungen mit sich. Die Aerospatiale rechnet allein bei Hermes mit zusätzlichen Kosten von 15% bei einer Streckung um ein Jahr. Zu dem Umfang des Gesamtbetrages, der dem Modell zufolge gegenüber den bisherigen Planungen in das nächste Jahrzehnt verschoben wird, mochte die Bundesregierung sich dann auch nicht äußern. Dies könne abschließend erst "beurteilt werden, wenn Einvernehmen über den Programmumfang, insbesondere über die Nutzung der Weltrauminfrastruktur besteht." Mit anderen Worten, die Bundesregierung plant lustig ins Blaue hinein, mögen ihre NachfolgerInnen doch die Suppe auslöffeln.

Die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) stuft deshalb auch die Zahlen-

spiele des BMFT als unrealistisch ein, "da sie ohne inhaltliche Abstriche am Nominalprogramm von fiktiven Einsparungsmöglichkeiten ausgehen, die zumindest in der vorgesehenen Größenordnung nicht realisierbar sind." Das "Aktualisierte Leitmodell" sieht zudem keine oder völlig unzureichende Mittel für die Weiterführung bereits in Angriff genommener Projekte wie Sänger oder Atmos vor. Nicht berücksichtigt wurde auch die durch Hermes nötig gewordene Schubverstärkung der Ariane 5. Das "Aktualisierte Leitmodell" ist auch insofern nur Makulatur, als es nur Anforderungen des BMFT und des BMV (EUMETSAT) berücksichtigt, aber nicht etwa diejenigen des BMVg. Allein der Aufbau eines Verifikationssystems, dessen Notwendigkeit nach Auffassung der Bundesregierung durch "die aktuellen Ereignisse um den Persischen Golf in drastischer Weise" unterstrichen worden sei, ist mit 4-6 Mrd. DM und jährlichen Ausgaben in Höhe von rund 600 Mio. DM zu veranschlagen.

#### **Raumstation - Schneller Brüter im All**

Die von der Bundesregierung vorgelegten Kostenschätzungen sind nicht nur unsolide und voller Widersprüche, sie sind auch reine Augenwischerei, da sie im Grunde nur die Kosten für die Entwicklungsaufwendungen und den Aufbau der Weltrauminfrastruktur enthalten. Maßgebend für die Entscheidung über die Weiterführung der Großprojekte der bemannten Raumfahrt sind allerdings nicht die Hardware-Kosten, sondern die Lebenswegkosten von der Entwicklung und dem Bau über Betrieb und Nutzung bis hin zur Verschrottung. Eine Unterschätzung der Folgekosten hätte nicht nur die Beeinträchtigung anderer Forschungsfelder und die Blockierung neuer Raumfahrtprojekte zur Folge, sondern würde letztlich dazu führen, daß die Raumstation nutzlos im All schwebt, weil für den Unterhalt, die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Nutzungsprogrammen kein Geld mehr vorhanden ist. Eine Wiederholung des Schildbürgerstreichs Space-Lab ist den Steuerzahler/innen jedenfalls nicht zuzumuten. Nachdem Entwicklung und Bau bereits 1 Milliarde Mark verschlungen, waren für die D-1 Mission 1985 zusätzliche 400 Mio. DM fällig. Die für Anfang 1993 geplante D-2 Mission kostet weitere 825 Mio. DM. Im übrigen kreist die inzwischen an die USA verschenkte Station nutzlos im All, da in Anbetracht der übrigen Großprojekte für weitere Vorhaben das Geld fehlt.

Wenn die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage die jährlichen Betriebskosten einschließlich des Nutzlastbetriebes aufgrund von ESA-Berechnungen mit 1,64 Mrd. DM und die Kosten für Nutzlastentwicklungen mit jährlich 0,51 Mrd. DM angibt, so entbehren diese Annahmen auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit den explodierenden Kosten für die D-2 Mission jeglicher Realität. Geradezu unverfroren ist es, wenn die Bundesregierung auf die Frage, welche Untersuchungen sie zur Ermittlung der entsprechenden Kosten in Auftrag gegeben hat und welche Zahlen in diesen Untersuchungen ermittelt wurden, keine exakten Angaben macht, sondern lapidar ausführt: "Die DARA hat gemeinsam mit der deutschen Industrie und der DLR entsprechende Untersuchungen angestellt und kommt dabei zu Kostenschätzungen in gleicher Größenordnung."

Dies ist schlichtweg falsch. Die DLR gab die Betriebs- und Nutzungskosten im vergangenen Jahr mit jeweils 1,9 - 2,5 Mrd. DM an. Bereits im Januar 1988 legte Dornier dem BMFT eine Studie vor, in der die Betriebskosten mit knapp 3 Mrd. DM angegeben wurden, zugleich wiesen die Gutachter darauf hin, daß die Schätzungen deutlich über diejenigen der ESA lägen. "The reason lies in the mostly incomplete estimates which are used at this stage of programme definition. It is a widely accepted experience that initial post estimate activities are dominated by "space-element-designers", because they are normally assigned the responsibility für the complete programme. This leads regularly to a systematic under-estimate of operation costs." Legt man die Angaben dieser Studien zugrunde, so müßte die Bundesrepublik nach der Jahrtausendwende rund 20% ihres Forschungshaushaltes nur für Betrieb und Nutzung der Weltrauminfrastruktur ausgeben.

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)